



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 33  
14.08.2015

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 43 % und 42 %, SPD zwischen 24 % und 23 %
Politische Aufgabe:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Griechenland-/Euro-Krise, Integration von Ausländern
Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik
Anlagen:	Grafik "Themen-Monitor"

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>infratest dimap<sup>2</sup></b> für ARD
CDU/CSU	43 (+2)	43 (-)	42 (-)
SPD	23 (-1)	24 (-)	24 (-)
FDP	5 (-)	4 (-)	4 (-1)
DIE LINKE	9 (-)	10 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	10 (-)	11 (+1)	11 (-)
AfD	3 (-)	3 (-1)	4 (-)
Sonstige	7 (-1)	5 (-)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	06.-12.08.	11.-12.08.

Die Union liegt bei forsa 20 (+3), bei Emnid 19 (-) und bei infratest dimap 18 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	55 (-)
Gabriel	12 (-2)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 43 (+2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

93 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (+1) Gabriel. Von den SPD-Anhängern würden sich 37 % (-2) für Gabriel und 39 % (+2) für Merkel entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.08.2015)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 31

## Problemlösungskompetenz

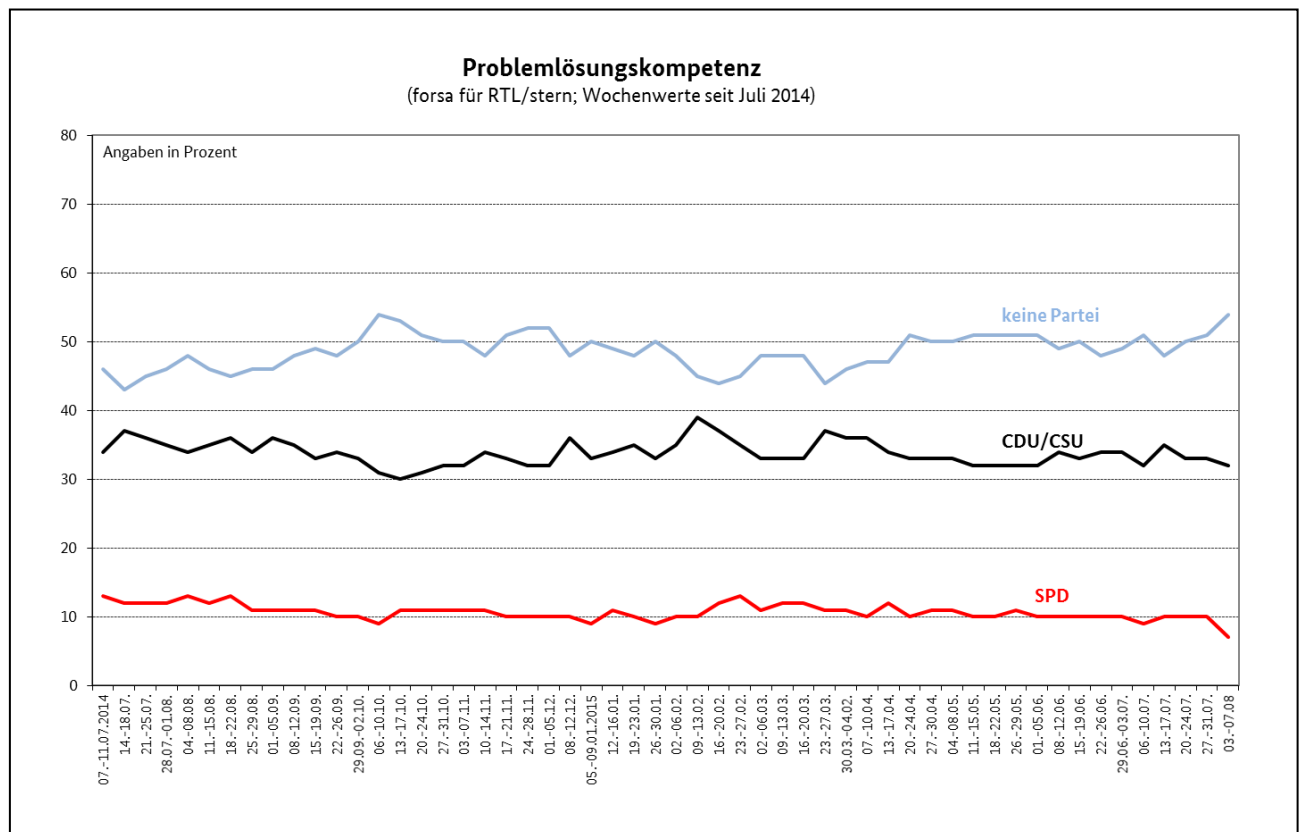
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	32	(-1)
SPD	7	(-3)
sonstige Parteien	7	(+1)
keine Partei	54	(+3)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 25 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (+3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

68 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 33 % (-7) von ihrer Partei.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im August 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2015

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (+2)	26 (-3)	2 (-)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	60 (+1)	36 (+1)	3 (-1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+5)	38 (-3)	3 (-2)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (+1)	37 (-)	3 (-2)	0 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	58 (+8)	34 (-9)	6 (-1)	1 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (+7)	39 (-4)	6 (-2)	0 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	53 (+3)	41 (-2)	5 (-1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	52 (-)	36 (-2)	8 (-)	3 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (+4)	42 (-3)	6 (-1)	1 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	50 (+9)	39 (-8)	9 (-)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	45 (+4)	41 (-4)	8 (-2)	4 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	41 (+5)	44 (-5)	13 (-)	2 (+1)
Staatsschulden begrenzen	37 (+3)	48 (-)	11 (-2)	3 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (+7)	46 (-)	13 (-6)	3 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	34 (+7)	47 (-7)	12 (-4)	5 (+3)
neue Technologien fördern	31 (-)	49 (-5)	16 (+3)	3 (+1)
für Preisstabilität sorgen	29 (+3)	58 (-1)	11 (-2)	2 (+1)
Verbraucherschutz stärken	28 (+1)	54 (+1)	15 (-2)	2 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	26 (+1)	57 (-2)	13 (-1)	4 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	23 (+2)	54 (-1)	17 (-3)	5 (+2)
Erhebungszeitraum	05.+11.08.2015			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe. 40- bis 49-Jährige nennen die Bildungspolitik häufiger als unter 30-Jährige (75 % zu 66 %), formal höher Gebildete häufiger als formal niedriger Gebildete (77 % zu 68 %).

Frauen nennen die langfristige Sicherung der Altersversorgung häufiger als Männer (65 % zu 55 %) und über 50-Jährige häufiger als unter 40-Jährige (64 % zu 53 %).

Die soziale Gerechtigkeit wird von Ostdeutschen, über 50-Jährigen (jew 63 %), von Anhängern der Grünen (69 %) und der Linken (79 %) überdurchschnittlich häufig genannt.

Der Umwelt- und Klimaschutz wird von Anhängern der Grünen (88 %), der SPD (63 %) und von 50- bis 59-Jährigen (64 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (63 % zu 54 %).

Die Steuerlast gerecht verteilen nennen Frauen häufiger als Männer (63 % zu 54 %) als sehr wichtige Aufgabe. Über 40-Jährige nennen diese häufiger als unter 40-Jährige (65 % zu 44 %).

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen August 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2015

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	71 (+4)	22 (-3)
neue Technologien fördern	70 (+1)	23 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	70 (-2)	26 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	68 (-2)	26 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	68 (-1)	29 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	67 (+4)	31 (-3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62 (+5)	35 (-6)
für Preisstabilität sorgen	61 (-2)	35 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	59 (-)	38 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	58 (+6)	39 (-5)
Energiewende zügig vorantreiben	57 (+1)	39 (-2)
Verbraucherschutz stärken	55 (-2)	38 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	53 (+6)	43 (-6)
Staatsschulden begrenzen	50 (-4)	45 (+4)
Gesundheitswesen modernisieren	50 (+1)	46 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	49 (-1)	49 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	40 (+2)	54 (-6)
Altersversorgung langfristig sichern	39 (-1)	58 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	33 (+1)	64 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	32 (-5)	65 (+5)
Erhebungszeitraum	05.+11.08.2015	

In 15 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Insbesondere wird die Schaffung der Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum (71 %), die Förderung neuer Technologien (70 %) und die deutsche Interessensvertretung in der EU (70 %) genannt.

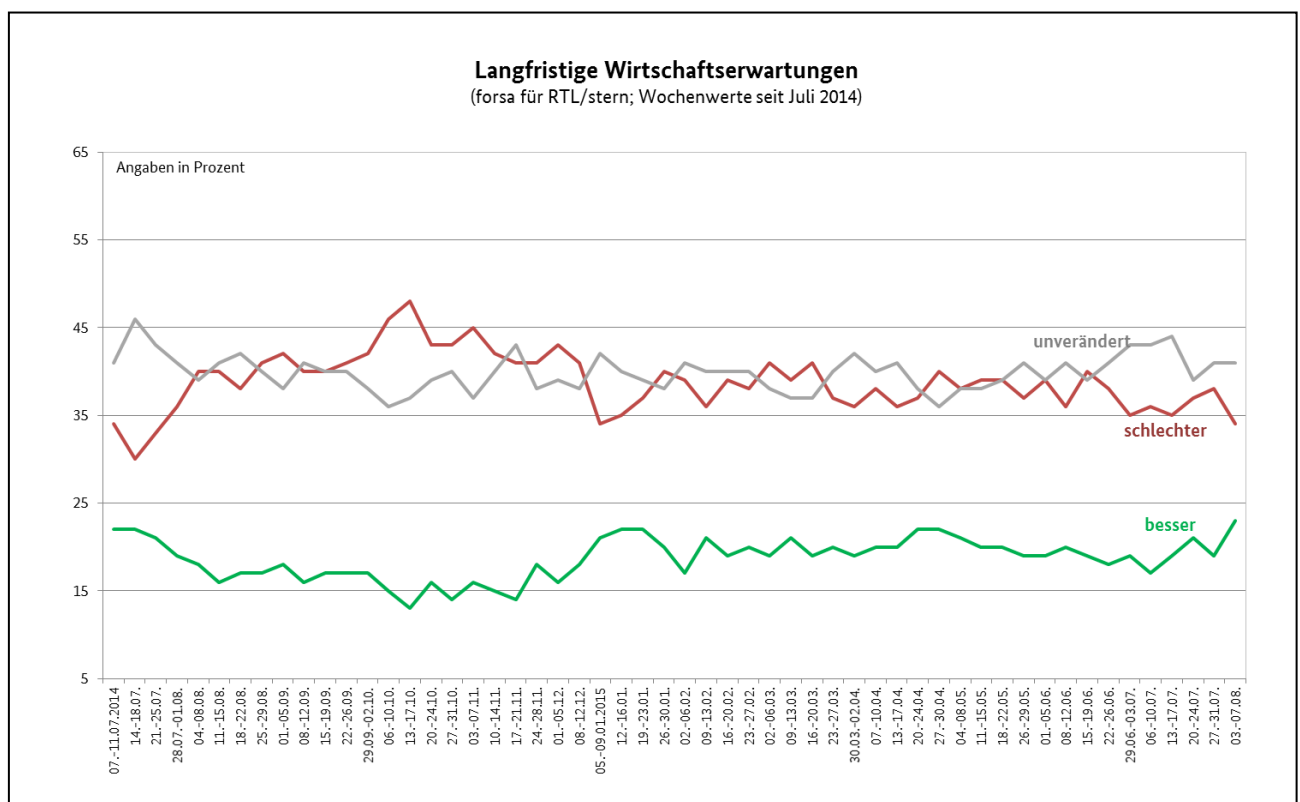
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	23	(+4)
schlechter	34	(-4)
unverändert	41	(-)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 11 (-8) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	43 (-2)
eher in die falsche Richtung	47 (+2)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.

Anhänger der Union (59 %), der SPD und der Grünen (jeweils 48 %) meinen überdurchschnittlich oft, dass die Entwicklung im Land in die richtige Richtung geht.

Ostdeutsche (54 %), 30- bis 59-Jährige (51 %), Anhänger der AfD (89 %) und der Linkspartei (67 %) sind überdurchschnittlich oft pessimistisch. Geringverdiener sind häufiger pessimistisch als Gutverdiener (55 % zu 45 %).

## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	87 (+1)	12 (-1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	63 (-2)	32 (+1)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52 (-1)	46 (+1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	43 (-)	53 (-)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	36 (-)	62 (-)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	34 (-4)	63 (+5)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	30 (-2)	62 (-)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	27 (+1)	68 (-)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	27 (-3)	69 (+3)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Jeweils mehr als die Hälfte der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %), der Lage am Arbeitsmarkt (63 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (52 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

Mit der Lebensqualität in Deutschland sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (91 % zu 84 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (93 % zu 76 %).

Männer sind mit der Lage am Arbeitsmarkt häufiger (sehr) zufrieden als Frauen (68 % zu 58 %), 30- bis 44-Jährige häufiger als über 60-Jährige (69 % zu 56 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (75 % zu 44 %).

Mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zeigen sich überdurchschnittlich oft unter 45-Jährige (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (65 % zu 35 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (62 % zu 36 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (58 % zu 39 %). Ostdeutsche (56 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Bezogen auf den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern sind Personen mit hoher formaler Bildung (73 %) und Ostdeutsche (74 %) überdurchschnittlich oft unzufrieden.

## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	21 (+11)
Griechenland-/Euro-Krise	18 (-24)
Ausländer/Integration	17 (+10)
Betreuungsgeld	5 (+5)
Pkw-Maut	5 (+1)
Netzpolitikaffäre	4 (neu)
Freihandelsabkommen mit USA / TTIP	2 (+1)
Energiepolitik/Energiewende	2 (-)
Affäre um NSA/BND	2 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.

Die Flüchtlingspolitik, die Griechenland- bzw. Euro-Krise und die Integration von Ausländern sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird besonders häufig von Anhängern der SPD (26 %) genannt.

Die Griechenland- bzw. Euro-Krise wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 44-Jährigen (23 %) und Anhängern der Grünen (28 %) genannt. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (23 % zu 13 %).

Die Integration von Ausländern wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen und von Anhängern der Grünen (jew 22 %) genannt. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (22 % zu 10 %).



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	39 (+4)
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	33 (+3)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	19 (-)
Erhebungszeitraum	11.-12.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Anhänger der CDU (45 %) und der Grünen (46 %) thematisieren die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig. Über 60-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 30-Jährige (48 % zu 29 %) und formal höher Gebildete häufiger als formal niedriger Gebildete (46 % zu 35 %).

Die Krise in Griechenland bzw. die Staatsverschuldung in den Euro-Ländern wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der CDU (40 %) genannt. Über 60-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 30-Jährige (37 % zu 24 %).

Ostdeutsche (27 %) und formal niedriger Gebildete (24 %) nennen die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland überdurchschnittlich häufig.

